

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 sl., monatlich 4,50 sl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 sl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 sl., monatlich 5,39 sl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 sl. Danzig 8 G., Deutschland 3,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ufm.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Da. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50 % Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 79.

Bromberg, Donnerstag den 7. April 1932.

36. Jahrg.

Wer wird Hoovers Nachfolger?

Der Start zu den Präsidentschaftswahlen der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von Helmuth Schneider-Landmann.

Das Ausschreibungsrennen um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten hat begonnen. Ende Juni halten die Republikaner und Demokraten ihre Parteikonvente ab, auf denen die Parteikandidaten aufgestellt werden sollen. Am Ausgang dieses Ausschreibungsrennens nimmt die ganze amerikanische Öffentlichkeit lebhaften Anteil. Wenn am Tagungsorte der Parteien drei Leute zusammenstehen, dann ist der eine bestimmt ein Delegierter, der Zweite wird sein Erbkandidat sein, und der Dritte ist sicher ein Reporter, dessen Aufgabe es ist, Tag für Tag und Stunde um Stunde die Ansichten und Absichten der Konventsdelegierten seiner Zeitung mitzuteilen. Alle außenpolitischen Fragen, ob sie nun Tribute, Schuldenrückzahlung oder Abrüstung heißen, müssen zurücktreten. Für den amerikanischen Bürger ist der Wahlkampf um die Präsidentschaft das wichtigste Ereignis des Jahres; denn von seinem Ausgang soll die wirtschaftliche Entwicklung des Landes abhängen. Aber auch Europa und die übrige Welt nimmt an der Entscheidung teil, deren Bedeutung schon allein durch die Finanz- und Wirtschaftsmacht der Union deutlich wird.

Bereits heute deuten alle Anzeichen darauf hin, daß es zwischen den beiden großen Parteien, den Republikanern und Demokraten, zu einem harten Wahlkampf kommen wird. Der Kandidat der Republikaner steht fest. Er wird wieder Herbert Hoover heißen. Die Entscheidung ist erst vor wenigen Wochen gefallen. Nach den Ansichten der führenden Parteimänner der Demokraten und Republikaner würde eine Kandidatur des Vorgängers des jetzigen Präsidenten Calvin Coolidge die besten Aussichten gehabt haben. „Kommt herbei, ihr Jungen, und laßt uns den alten Calvin Coolidge wieder aufstellen, der uns die Prosperität wieder zurückbringen wird“, so lautete die allgemeine Redensart der Parteihäuptlinge. Aber seitdem Coolidge selbst in einem Aufsatz in der „Saturday Evening Post“ für Herbert Hoover eingetreten ist, kann die republikanische Partei nun keinen anderen Kandidaten mehr aufstellen.

Bei den Demokraten dagegen ist noch keine Einigung auf einen Präsidentschaftskandidaten erfolgt. Die meiste Aussicht hat zurzeit Franklin D. Roosevelt, der Gouverneur des Staates New York. Er hat seinen Vorgänger in diesem Amt, Al Smith, auch in der Spitzenkandidatur der demokratischen Partei für den Präsidentenposten überholt. Franklin D. Roosevelt gehört der weit verbreiteten Roosevelt-Familie an, die schon wiederholt der amerikanischen Politik führende Männer gestellt hat. Die Familie läßt in einen demokratischen und einen republikanischen Zweig auseinander. Eine Kandidatur des demokratischen Franklin stößt auf scharfe Gegnerschaft des republikanischen Zweiges, an dessen Spitze der Gouverneur der Philadelphiner Theodore Roosevelt, der Sohn des allbekannten Präsidenten, steht. „Frank, der glückliche Krieger“, so wird er im Volksmund genannt, ist im Januar 1882 geboren und hat unter Wilson im Marineamt gearbeitet. Schon 1920 wurde er von seiner Partei für die Vizepräsidentschaft aufgestellt, er fiel aber durch und nahm dann eine Rechtsanwaltspraxis auf. Im Jahre 1928 kämpfte er für Al Smith, der vor ihm Gouverneur des Staates New York war. Zwischen diesen beiden ehemaligen Freunden ist über die Stellungnahme Franklin Roosevelts zur Prohibitivfrage eine heftige Feindschaft entstanden. Franklin Roosevelt hat sich zu einer sogenannten „halbnassen“ Auffassung „durchgerungen“, die eine Wiederherstellung der Souveränitätsrechte der Staaten durchsetzen will. Es sind in der letzten Zeit lebhafteste Bestrebungen im Gange, wiederum Al Smith zum Kandidaten der Partei zu machen. Seine Freunde beherrschen den Demokratischen Klub. Der Leiter der Finanzen der Partei ist einer der größten Bewunderer der Smith'schen Politik. Zwischen Franklin Roosevelt und Al Smith hat der Kampf um die Stimmen der Delegierten zur Konventsversammlung begonnen. Zwischen beiden Persönlichkeiten ist der Kampf auf dem Konvent der demokratischen Partei auszutragen. Es ist aber sehr wohl möglich, daß man sich im Kompromiß auf eine dritte Persönlichkeit einigt. Einige Ansichten hat hier der frühere Kriegssekretär Wilsons, Newton D. Baker, der seine alte Politik für einen Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund in der letzten Zeit recht erheblich geändert hat. Der Zeitungsmagnat Hearst macht für den Sprecher des Repräsentantenhauses werden auf dem Konvent ihre „berühmten Söhne“ für die Kandidatur vorschlagen. Wenn sie auch alle für die Kandidatur zum Präsidenten kaum Aussicht haben, so ist ihre Aufstellung als Kandidaten für den Vizepräsidenten immerhin möglich. Virginia hat die Absicht, seinen Gouverneur G. B. Hurd, den Bruder des berühmten Arktisforschers, vorzuschlagen. Maryland nennt seinen Gouverneur Al Ritchie, der ein scharfer Gegner der Prohibition ist; Arkansas will seinen Senator Jos. R. Robinson für den Posten des Vizepräsidenten bewahren, den Robinson 1928 trotz seiner Kandidatur nicht bekommen hat.

Während also das Ausschreibungsrennen der Republikaner sich in der Kandidatur Hoovers schon entschieden hat, verlieren die Demokraten durch ihre Zerplitterung wertvolle Zeit. Die letzte Entscheidung wird aber beim amerikanischen Volke liegen, das im Herbst seinen Präsidenten für die nächsten vier Jahre zu wählen hat.

Aufbruch in Neufundland.

London, 6. April. (Eigene Meldung.)

In St. John (Neufundland) ist über Nacht ein Aufbruch ausgebrochen, über den folgendes bekannt wird: Nach einer Versammlung am Dienstag vormittag zogen etwa 15 000 Menschen vor das neufundländische Parlament. Eine Abordnung verlangte Aufklärung über eine Reihe von Beschuldigungen gegen den Ministerpräsidenten, Sir Richard Squires, und einige Minister wegen Korbhäftung über Kabinettsitzungen und wegen Betrugs.

Todesurteile in Moskau.

Der polnische Gesandte Patel in Warschau eingetroffen.

Am 4. d. M. ist der polnische Gesandte bei der Sowjetregierung in Moskau, Minister Patel, in Warschau eingetroffen. Der Gesandte wurde auf dem Bahnhof von Vertretern des Außenministeriums und dem sowjetrussischen Gesandten in Warschau Antonow Dwsiejewo, der in Begleitung von Mitgliedern der sowjetrussischen Gesandtschaft erschienen war, begrüßt.

Der Aufenthalt des Ministers Patel in Warschau wird mit dem

Verlauf des Prozesses gegen Stern

in Zusammenhang gebracht, der das Attentat gegen den deutschen Botschaftsrat von Zwardowski in Moskau verübt hatte. Wie wir seinerzeit berichteten, hatte die Untersuchung gegen Stern und den Mitangeklagten Wajiljew nach einer amtlichen russischen Erklärung ergeben, daß das Attentat auf die Initiative von polnischen Faktoren hin verübt worden sei. Die Polnische Regierung hatte daraufhin nähere Aufklärungen über diesen Fall gefordert, diese jedoch bis jetzt nicht erhalten, so daß man in Polen ein besonderes Interesse an diesem Prozeß hat.

Im Laufe der Verhandlung behauptete der Staatsanwalt Krylenko in seiner Anklage, daß die Anregung zum Attentat von einem Beamten des polnischen Finanzministeriums Lubarzki ausgegangen sei, der sich im

ges. Während die Abordnung verhandelte, führte die aufgeregte Menge unter den Rufen: „Die Regierung muß zurücktreten!“ und „Verteidigt den Ministerpräsidenten in den Sälen!“ in das Gebäude. Sie zerstörte alles, was sie in den Räumen fand. Die Türen wurden eingeschlagen, die Fenster zertrümmert, die Möbel vollkommen zertrümmert und teilweise zu den Fenstern hinausgeworfen. Es entspann sich ein Handgemenge mit den Polizisten, in dem diese unterlagen. Der Ministerpräsident war inzwischen mit Hilfe von drei Geistlichen entflohen. Die übrigen Regierungsmitglieder hatten sich in einen Raum eingeschlossen. Bei Einbruch der Nacht verließen die Demonstranten das Gebäude wieder, das dann von ihnen verbarrikadiert wurde, während sich immer noch die Regierungsmitglieder und sämtliche Polizisten von St. John darin befanden. 4000 Menschen umlagerten das Gebäude während der ganzen Nacht weiter. Teilweise wurde gedroht, Feuer anzulegen. Außerdem wurden die staatlichen Alkohollager gestürmt und vollkommen ausgeplündert.

Jahre 1928 eigens zu diesem Zwecke nach Moskau begeben hätte, um dort eine terroristische Organisation ins Leben zu rufen. Bei der Vernehmung der Belastungszeugen wurde festgestellt, daß die antisowjetistische Bewegung in der Tat von der Frau des Direktors der Technischen Schule, Sewel-Koff, einer geborenen Lubarzka, betrieben wurde. Frau Lubarzka ist polnischer Abstammung und in Warschau geboren. Sie unterrichtete an der Anstalt ihres Mannes, und beide bedienten sich des Wajiljew zur Propagierung ihrer antirussischen Ideen unter den Studenten. Wajiljew bekannte sich dazu, daß er den Hauptangeklagten Stern für das Attentat gegen den deutschen Botschaftsrat gedungen habe.

Da sich die Angeklagten zu der Tat bekannt haben, wurde auf die Vernehmung eines großen Teiles der Zeugen verzichtet, so daß die Verhandlung am zweiten Tage ihren Abschluß fand.

Das Urteil.

In dem Schlusswort erklärte Wajiljew, daß er eine schwere Sünde gegenüber dem Vaterlande begangen habe, Stern dagegen verzichtete im letzten Augenblick auf die Verteidigung seines Anwaltes und auf das letzte Wort. Um 1 Uhr nachts wurde das Urteil gefällt, das dem Antrage des Staatsanwaltes entsprechend gegen beide Angeklagte auf Todesstrafe durch Erschießen lautete.

Beginn der Bier-Mächte-Konferenz

Paris, 6. April. (P.A.) Gestern ist der französische Ministerpräsident Lardieu von seinem Londoner Ausflug nach Paris zurückgekehrt. In London ist noch der französische Finanzminister Lalandin zurückgeblieben, der an der Londoner Bier-Mächte-Konferenz (zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien) teilnehmen wird, die sich mit der wirtschaftlichen Rettung der Donaufstaaten und mit den Tribute beschäftigen soll.

Professevertreter erklärte Lardieu, daß er, wenngleich seine Konferenz mit Macdonald keine konkreten Ergebnisse gezeitigt hat, persönlich mit dem Verlauf der in London geführten Gespräche zufrieden sei. Die in London begonnenen Arbeiten und Konferenzen werde endgültig Minister Lalandin erledigen, der als Vertreter Frankreichs an den Beratungen der Bier-Mächte-Konferenz teilnehmen wird.

Die sechs Punkte.

Wie der Londoner Korrespondent der Polnischen Telegraphen-Agentur aus maßgebender Quelle erfährt, umfaßt die englisch-französische Verständigung über die Bier-Mächte-Konferenz folgende sechs Punkte:

1. In die Zusammenarbeit der Donaufstaaten werden nur fünf Länder einbezogen, und zwar Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Bulgarien kommt als ein ausschließlicher Agrarstaat hierbei nicht in Betracht, da seine Wirtschaftsinteressen mit den fünf Donaufstaaten sehr beschränkt sind. (Das ist eine absolut falsche Begründung. Auch Rumänien und Jugoslawien sind ausgesprochene Agrarstaaten. Bulgarien ist überdies ein ausgesprochener Donaufstaat, wie es z. B. die Tschechoslowakei nicht ist. Bulgarien hat nächst Rumänien die längste Donaugrenze. Endlich ist es falsch, daß die bulgarischen Wirtschaftsinteressen mit den anderen

Donaufstaaten bei solch nachbarlicher Lage sehr beschränkt sind. Die ganze Begründung ist ein mangelhaftes Versteck für die französische Politik, die in Bulgarien einen kleinen Störenfried fürchtet. D. R.)

2. Die fünf Donaufstaaten sollen zur Einleitung von Verhandlungen im eigenen Bereich, vorläufig ohne die Teilnahme der Großmächte, eingeladen werden. Die Verhandlungen der fünf Länder sollen auf Grund einer Denkschrift durchgeführt werden, die von der Bier-Mächte-Konferenz ausgearbeitet werden wird.

3. Der wichtigste Punkt dieser Denkschrift soll der Vorschlag sein, gegenseitige Vorzugszölle innerhalb der fünf Donaufstaaten einzuführen, wobei die Höhe der Tarife mindestens 10 und höchstens 12 Prozent betragen soll.

4. Die Lage dritter Staaten soll im Zusammenhange mit der Meistbegünstigungsklausel entsprechend geschützt sein; doch keine der dritten Staaten und in erster Linie keine der vier Großmächte darf Forderungen auf besondere eigene Vorteile im Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der fünf Donaufstaaten erheben. (Das geht vermutlich gegen Deutschland, trifft aber auch Polen! D. R.)

5. Zur Verhinderung von eventuellen baldigen finanziellen Erschütterungen sollen den am meisten bedrohten Staaten, vor allem Österreich und Ungarn, unverzüglich kurzfristige Kredite gewährt werden.

6. Zur weiteren Stabilisierung der Wirtschaftslage in den fünf Donaufstaaten soll eine Konsolidierung der staatlichen und privaten Auslandsschulden und eine Anpassung der Fälligkeit der Zahlung dieser Schulden an die gegenwärtige Produktionsfähigkeit dieser Staaten und die Möglichkeit des Absatzes ihrer Produktion erfolgen. Diese Stabilisierung würde eine gewisse Form der internationalen Finanz- und Haushaltskontrolle über die fünf Donaufstaaten annehmen.

Polnisch-deutscher Flugverkehr?

Berlin, 5. April. (P.A.) Die Polnische Gesandtschaft in Berlin hat am Montag dem Auswärtigen Amt einen Vertragsentwurf über die Einführung von regelmäßig besetzten Fluglinien zwischen Polen und Deutschland unterbreitet.

Außer diesen bereits vereinbarten sechs Punkten wäre noch die Vereinfachung der Form der Garantie herbeizuführen, die jede der vier Mächte, und besonders Großbritannien und Frankreich, zu gewähren hätten.

